

Gründen verzögert. So hatte die Firma zunächst die Absicht, ihre Lagerkapazität zu beschränken, um unter der Grenze der Genehmigungspflicht nach der 4. BImSchV zu bleiben, ferner traten Schwierigkeiten bei der zunächst geplanten Anwendung des Gaspindelverfahrens bei Tankschiffen auf. Zwischenzeitlich wurde jedoch ein umfassendes und über die Anforderungen der TA Luft hinausgehendes Sanierungskonzept vorgelegt. Danach sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Installation einer Nachkondensationsanlage zur Minimierung der Verluste beim Betanken der Lager sowie der Atmungsverluste (Wirkungsgrad 97%)
- Anwendung des Gaspindelverfahrens bei der Produktabgabe an die Tanklastzüge
- weitergehende Verwertung der Restgase (30%) in einer Verbrennungsmotoranlage zur Stromgewinnung.

Voraussichtlich im April 1991 wird das Landratsamt Kitzingen eine nachträgliche Anordnung nach § 17 BImSchG erlassen, die diese Maßnahmen im einzelnen festsetzt.

Frau Kellner (DIE GRÜNEN), Fragestellerin:

Nach welchen Vorschriften innerhalb der einschlägigen Gesetze und Verordnungen (BImSchG, Störfallverordnung) erfolgt die Genehmigung zum Einbau von Aktivkohlefiltern zur Dioxinemissionsminderung bei Müllverbrennungsanlagen?

Antwort der Staatsregierung: Die Zulassung des Einbaus von Aktivkohlefiltern zur Dioxinemissionsminderung bei Müllverbrennungsanlagen erfolgt bei der Neuerrichtung von Anlagen im abfallrechtlichen Planfeststellungsverfahren, bei der Nachrüstung bestehender Anlagen in der Regel im Verfahren zur Genehmigung dieser wesentlichen Änderung nach dem Abfallrecht und dem Immissionsschutzrecht.

Das Erfordernis, bei Müllverbrennungsanlagen Vorrichtungen zur Minderung der Dioxinemissionen einzubauen, ergibt sich aus der 17. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, in der für Dioxine und Furane ein Emissionsgrenzwert von 0,1 ng/m³ festgesetzt ist. Dieser Grenzwert kann nach dem Stand der Technik durch den Einbau von Aktivkohlefiltern erreicht werden.

Franzke (SPD), Fragesteller:

Ich frage die Staatsregierung, ob die mir vorliegenden Informationen zutreffen, daß durch den Umweltminister der Firma Hölzl Floßfahrten durch den Donaudurchbruch bei Weltenburg genehmigt werden sollen.

Antwort der Staatsregierung: Die von Herrn Hölzl beabsichtigten Floßfahrten durch den Donaudurchbruch bei Weltenburg sind nach Auffassung des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen naturschutzrechtlich genehmigungsfähig, wenn durch Auflagen sichergestellt wird, daß nachteilige

Einwirkungen auf das Naturschutzgebiet vermieden werden. Staatsminister Dr. Gauweiler hat die Regierung von Niederbayern deshalb angewiesen, die naturschutzrechtlich erforderliche Befreiung zunächst befristet für den Sommer 1991 mit Auflagen zu erteilen, die insbesondere gegen die Lärmentwicklung gerichtet sind. Die naturschutzrechtliche Befreiung wird in Form des Einvernehmens zu der Schifffahrtsgenehmigung erteilt, die Herr Hölzl vom Landratsamt Kelheim für seine Floßfahrten benötigt.

Frau Köhler (DIE GRÜNEN), Fragestellerin:

Lagern auf dem Gelände des AKW Gundremmingen derzeit Mischoxid-Brennelemente?

Antwort der Staatsregierung: Nein.

Die Inhaber der Betriebsgenehmigung für das Kernkraftwerk Gundremmingen II, Blöcke B und C, haben im Januar 1989 eine Genehmigung für den Einsatz von Mischoxid-Brennelementen beantragt. Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen führt hierzu ein Genehmigungsverfahren nach § 7 des Atomgesetzes durch. Dieses Vorhaben wurde am 15.02.1991 öffentlich bekanntgemacht. Die Antragsunterlagen sind derzeit (seit 25.02.91 bis einschließlich 25.04.91) zur Einsichtnahme ausgelegt. Der Termin, in dem rechtzeitig erhobene Einwendungen erörtert werden können, wurde für den 04.06.91 festgesetzt.

Bestrahlte Mischoxid-Brennelemente aus dem Betrieb des Kernkraftwerks Gundremmingen I, Block A, wurden bereits vor Jahren abtransportiert.

Frau Paulig (DIE GRÜNEN), Fragestellerin:

Warum ist über das per 17. Januar 1989 beantragte atomrechtliche Genehmigungsverfahren zum Einsatz von Plutonium-Uran-Mischoxid-Brennelementen im Atomkraftwerk Gundremmingen Block B und C die Öffentlichkeit erst zwei Jahre später, im Februar 1991, benachrichtigt worden, und ist auch bereits für das Atomkraftwerk Isar 1 die Genehmigung zum Einsatz von plutoniumhaltigen Brennelementen beantragt worden?

Antwort der Staatsregierung: Die Betreiber des Kernkraftwerks Gundremmingen II (KRB II) haben mit Schreiben vom 17.01.89 einen Antrag gemäß § 7 des Atomgesetzes auf Genehmigung zum Einsatz von Mischoxid (Mox)-Brennelementen gestellt. Sie gingen dabei davon aus, daß durch den Einsatz von Mox-Brennelementen im KRB II im Vergleich zum bisher schon genehmigten Einsatz von Uranoxid-Brennelementen hinsichtlich aller sicherheitstechnischen Aspekte keine zusätzlichen oder andersartigen nachteiligen Auswirkungen für Dritte zu befürchten sind und somit die Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 4 der atomrechtlichen Verfahrensverordnung im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens nicht zwingend erforderlich ist.

Nach umfassender sicherheitstechnischer Überprüfung und Begutachtung des Vorhabens und nach Ab-

wägung aller Umstände, die für das Genehmigungsverfahren, insbesondere im Hinblick auf eine erhöhte Rechtssicherheit der beantragten Genehmigung von Bedeutung sein könnten, hat sich das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen im Rahmen der Ausübung des behördlichen Ermessens entschlossen, dennoch eine zusätzliche Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Der für die öffentliche Auslegung erforderliche Sicherheitsbericht und die Kurzbeschreibung wurden von den Betreibern im Januar 1991 vorgelegt, so daß nach Überprüfung dieser Unterlagen die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens am 15.02.91 erfolgen konnte. Die Antragsunterlagen (Antrag, Sicherheitsbericht und Kurzbeschreibung) liegen seit 25.02.91 bis einschließlich 25.04.91 zur Einsichtnahme im Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, im Landratsamt Günzburg und bei der Verwaltungsgemeinschaft Offingen aus.

Für das Kernkraftwerk Isar 1 (KKI 1) ist eine atomrechtliche Genehmigung zum Einsatz von Mox-Brennelementen am 21.12.89 beantragt worden. Die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens und die Auslegung der Unterlagen (Antrag, Sicherheitsbericht und Kurzbeschreibung) werden voraussichtlich Mitte 1991 erfolgen.

Kamm (DIE GRÜNEN), Fragesteller:

Wo sind die Plutonium-Uran-Mischoxid-Brennelemente, die in den 70er Jahren im Atomkraftwerk Gundremmingen Block A, der nach einem schweren Störfall Ende der 70er Jahre für immer stillgelegt wurde, versuchsweise eingesetzt wurden, geblieben?

Antwort der Staatsregierung: Block A des Kernkraftwerks Gundremmingen wurde 1983 stillgelegt. Die Entsorgung der ausgedienten Mischoxid-Brennelemente war am 11.01.1988 abgeschlossen. Die Brennelemente wurden zu SKB (Svensk Kärnbränslehantering AB) in das schwedische Langzeit-Zwischenlager verbracht. Eine Rücknahme ist nicht vorgesehen.

Dr. Braun Peter (SPD), Fragesteller:

Hält die Staatsregierung die Errichtung einer Mülldeponie bei Steinlach im Einzugsbereich der Wasserversorgungseinrichtungen der Gemeinde Alling und des Wasserzweckverbandes Ampergruppe im Landkreis Fürstentumbruck für verantwortlich, und in welcher Weise wird den hydrogeologischen und wasserwirtschaftlichen Belangen der betroffenen Gemeinden Rechnung getragen?

Antwort der Staatsregierung: Der Standort Steinlach ist einer von 4 Alternativstandorten für eine Übergangs- und Reststoffdeponie im Landkreis Starnberg, für die die Regierung von Oberbayern als höhere Landesplanungsbehörde im Dezember 1990 ein Raumordnungsverfahren auf Antrag des Landkreises eingeleitet hat.

Die Regierung wird jeden der 4 Standorte auf seine Raum- und Umweltverträglichkeit prüfen. Dabei werden alle einschlägigen Belange mit dem ihnen zukommenden Gewicht in die zu treffende Abwägung eingestellt. Das gilt insbesondere für die hydrogeologischen und die wasserwirtschaftlichen Belange. Dem Ergebnis der landesplanerischen Beurteilung kann nicht vorgegriffen werden.

Frau Lödermann (DIE GRÜNEN), Fragestellerin:

Für wie viele und welche zentralen Abfallbehandlungs- und Entsorgungsanlagen läßt die Regierung von Oberbayern durch das Ingenieurbüro für Abfallwirtschaft Werner Bauer und das Büro Dr. Blasy & Meder in der Region 17 und den angrenzenden Landkreisen nach Standorten suchen, und wie verteilen sich diese Anlagen auf die von der Untersuchung betroffenen Landkreise?

Antwort der Staatsregierung: Die Regierung von Oberbayern hat die Arbeitsgemeinschaft der Ingenieurbüros Bauer/Blasy/Fichtner mit der Erstellung eines integrierten Abfallwirtschaftskonzeptes und der Standortsuche für Anlagen der Abfallwirtschaft in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Ebersberg, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg a. Lech, Miesbach, Starnberg und Weilheim-Schongau beauftragt. Ziel des Gutachtens ist es aufzuzeigen, wie unter Berücksichtigung aller umweltrelevanten Umstände die Entsorgungssicherheit in diesen Landkreisen gewährleistet werden kann. Dabei sind alle Bereiche des Bayerischen Integrierten Abfallwirtschaftskonzeptes, nämlich Abfallvermeidung, Schadstoffminimierung, stoffliche Verwertung, Behandlung und umweltverträgliche Ablagerung der Reststoffe zu berücksichtigen.

Im Rahmen dieses Gutachtens soll auf eine landkreisübergreifende Betrachtung und Bewertung der Entsorgungssituation besonderer Wert gelegt werden. Die bislang von den einzelnen Landkreisen eingeleiteten Maßnahmen und ihre weiterführenden Planungen sind bei der Erarbeitung des Konzepts zu berücksichtigen und einzuarbeiten, soweit sie dem Stand der Technik und der geltenden Rechtslage entsprechen.

Die Standortsuche für abfallwirtschaftliche Anlagen, z.B. für die Kompostierung, Sortierung, Müllumladung, Behandlung und Deponierung, ist flächendeckend durchzuführen, um die Standortsuche optimieren zu können.

Da sich die Standortsuche für Abfallentsorgungsanlagen immer schwieriger gestaltet, die Akzeptanz solcher Anlagen in der Bevölkerung gering ist und gleichwohl die Entsorgungssicherheit in allen beteiligten Landkreisen gewährleistet sein muß, kommt einer Konzeption besondere Bedeutung zu, bei der auf eine ausgewogene Lastenverteilung innerhalb der 7 beteiligten Landkreise besonderer Wert gelegt wird.

Der Gutachtensentwurf liegt dem Auftraggeber seit kurzem zur Prüfung und Klärung der weiteren Vorgehensweise vor. Das Gutachten wird in Kürze an die